

nians
-Theater
ührung:
as
nster-
hiff
feuhelt
Jahren
Zutritt
ngene
nzüge
-Münste
Bowie neue
edern (1928)
üge
-Münste
el, Joppen
-Anzüge
Anzüge
okling- und
-Anzüge
Her Art
lig nur bei
rmann
org. 9. i.
geschlazen
ffische
llia
alle 17
u fuht
mbl.
mer
er K. N. 2
d. d. St. erb
krilla
über
IK
M.
Gewerk-
stellen
1918 dar,
er Bewe-
tionen
in einer
olge der
tion für
probleme
Verfasser
ung und
intime
us einer
wegung
ung
nit?
er
ndc
er
ngen
ung, auf
die
schlechts.

Dresdner Volkszeitung

Vollschonke: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verantwortl. Red.: G. K. Schmidt, Dresden
und Schriftf. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weimarerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weimarerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonparelletze
30 Pf., die 90 mm breite Reklametexte 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mitgetelche
40 Proz. Rabatt. Für Vertriebsverlegung 10 Pf.

Nr. 157

Dresden, Freitag den 9. Juli 1926

37. Jahrg.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik

Nach der letzten Abstimmung

Zur Tagung des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf

Von Paul Levi, M. d. R.

Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hält heute, Freitag den 9. Juli, im Volks-
haus in Düsseldorf eine sozial- und wirtschaftspolitische
Tagung ab. In erster Linie sollen die gegenwärtige Wirt-
schaftslage und die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt behandelt
werden. Darüber hinaus wird die immer dringlicher werdende
Frage der Arbeitsbeschaffung im Vordergrund der Erörterun-
gen stehen. Man wird vor allen Dingen auf die Aufgabe der
langfristigen Erwerbstätigkeit, die aus unterm Schau-
bild erschichtlich wird, eingehen müssen. Die Wichtigkeit der
Tagung wird dadurch gekennzeichnet, daß sowohl der Reichs-
wirtschaftsminister Dr. Curtius als auch der Reichs-
arbeitsminister Dr. Braun an der Gewerkschaftstagung in
Düsseldorf teilnehmen.

Im Zusammenhang mit der Düsseldorfer Tagung sei vor
allen Dingen darauf hingewiesen, daß sich die amtliche Wirt-
schaftspolitik ohne Zweifel von der Entwicklung in untrer
Wirtschaft und auch auf dem Arbeitsmarkt hat überwiegen
lassen. Hätte die nötige Arbeit über die Auswirkungen von
Maßnahmen, wie die Rationalisierung, die Preis- und Zins-
senkung, von vornherein bedacht, so wäre die amtliche
Wirtschaftspolitik, den nötigen Willen und die nötige Macht
vorausgesetzt, ohne Zweifel einen andern Kurs gehalten.
Seider standen die in Frage kommenden Instanzen allzu sehr
unter dem Eindruck eines Internementums, das die Situation
und ihre Entwicklung mehr vom Standpunkt des Einzel-
betriebs, viellecht, wenn es hoch kam, eines Industriezweiges,
und nicht von rein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus
schränkte. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte man nicht
kostbare Gelegenheiten veräumt, die, wie z. B. auf dem Ge-
biete der Rationalisierung, bis zu einem gewissen Grade
zwangsläufig ist, die Schärfe zu nehmen. Diese Möglich-
keiten waren und sind heute noch vorhanden. Eine Betrachtung
untrer Handelsbilanz beweist u. a., daß die Ursachen der
Dauerkrise weniger in den deutschen Exportverhältnissen als
in den deutschen Marktverhältnissen selbst begründet liegen.
Die sinkende Kaufkraft hat den Markt einseitig, daher die
schwierige Absatzkrise. Die vielbesprochene Rationalisierung
selbst löst nicht, was unbedingt erforderlich ist, die sinkende
Tendenz in der Preisbildung aus. Wir haben in den letzten
Monaten bei einem sinkenden bzw. gleichbleibenden Anstieg der
Produktionskosten abermals eine dauernde Steigerung des
Herkommenes erleben müssen. Die Rationalisie-
rung, auf der sich der Aufbau der deutschen Wirtschaft voll-
ziehen soll, verliert so jeden volkswirtschaftlichen Sinn und
wird eine volkswirtschaftliche Gefahr. Die Regie-
rung hat, wenn sie diese abwenden will, z. B. alle Veron-
terung, ihre Kartellpolitik gründlich zu revidieren, die sich
überwiegend in ihrem volkswirtschaftlich-feindlichen Wesen darin
darstellt, daß sich das Bankkartell bei Gelegenheit der Er-
mäßigung des Diskontsatzes der Reichsbank wieder einmal
streute, die Zinsspanne den Bedürfnissen der Wirtschaft

entsprechend herabzusetzen. Es bleibt immer noch bei der de-
trübenlichen Tatsache, daß die Zinsspanne doppelt so hoch ist wie
die Vergütung für Habenzinsen. Weiter ist es angehtes der
Subventionspolitik der Regierung, die recht eigen-
artige Mäßen, wie z. B. den Fall Rammesmann, geliebt hat,
an der Zeit, der Regierung anzurufen, daß hier endlich
das Maß voll ist und daß weite Kreise der Bevölkerung
sich einen derartigen Protektionismus nicht gefallen lassen
können und dürfen. Dasselbe gilt für die famose Poli-
tistik der Regierung, die nichts andres als eine Wucher-
und Aushungerungspolitik ist, wie die Steuerermäßig-
ungen Reinholds nichts andres als Liebesgaben für Pro-
duktion und Handel wurden, weil sie tatsächlich einer Zentung
des Preisniveaus und einer Stärkung der Kaufkraft der Be-
völkerung nicht zugute gekommen sind.

Die verschiedenen Notstandsprogramme im Reich, den
Ländern usw. zur sogenannten Bekämpfung der Arbeitslosig-
keit beweisen, daß sich die Regierung über den Ernst der
Situation auf dem Arbeitsmarkt immer noch
nicht im klaren ist. Es gibt in Deutschland eine Fülle
von Arbeiten, die früher oder später in Anstalt anstehen
müssen und die jetzt durchaus geeignet sind, nicht nur
Hunderttausende von Erwerbslosen zu beschäftigen, sondern
auch Ausgangspunkt für die Anfertigung wichtiger Wirt-
schaftsgüter werden zu können. Das gilt für den Bau von
Wasserstraßen, insbesondere für den Bau des Mitteldeut-
schlands, den wir haben müssen, wenn wir den deutschen Wohl-
stand in den von der englischen Hochproduktion be-
sitzenen Gebieten an der Küste und im Berliner und im
Wandeburger Bezirk konkurrenzfähig machen wollen. Das
gilt auch von dem Bau der Automobilstraßen. Ein Land, das
den Automobilismus entwickeln will — und das will ja
Deutschland — muß erst die natürliche Voraussetzung für den
Automobilismus schaffen, nämlich die Straßen, worauf das
Auto laufen kann. Weiter kommen für die Anfertigung und
für die Behebung des Arbeitsmangels Reorganisationsarbeiten
im Bereich der Reichsbahn in Frage. Welche Arbeitsmöglich-
keiten sich hier ergeben, geht z. B. daraus hervor, daß vier
weite Schienenstrecken haben (teilweise von einer Länge von über
600 Kilometer), die von schweren Lokomotiven nicht befahren
werden können. Das alles ist idyllisch eine Finanzfrage,
und von der Lösung der Finanzfrage hängt es ab, ob man in
den nächsten Wochen und Monaten in Deutschland ein Pro-
gramm durchführt, das nichts Halbes und nichts Ganzes ist
und nur die Verputzung von Geldmitteln bedeutet, oder ob
man wirklich mit der produktiven Erwerbsbeschaffung eine
große Anfertigungssaktion der Wirtschaft durch-
führt, die eine Entlastung der Arbeitskräfte bewirkt. In
diesem Sinne möchten wir die viel erörterte Auslan-
danleihe für Arbeitsmarktzwecke für eine unbedingte Not-
wendigkeit halten.

Viele haben geglaubt, die Frage der Fürstenentzignung
mar in ihrem für das Volk gefährlichsten Stadium, als nach
starkgehabter Volksabstimmung man da und dort versucht
hat, doch noch ein Kompromiß zusammenzuleimen. Viellecht
war für unsere Partei jenes Stadium das gefährlichste; für
die Sache ist das Stadium viel gefährlicher, in das die
Fürstenfrage geraten ist nunmehr, wo unsere Fraktion die
Entscheidung getroffen hat, die wir billigten und heute noch
für richtig halten. Das sagen wir ganz offen: die Entzignung,
die die Fraktion getroffen hat, ist eine Entzignung,
die auf Gänze geht; wollte man nicht auf Gänze gehen,
so tat man besser, den Fürsten drei Ämter zu nehmen und
zwei Ämter zu lassen, wie der Kompromiß es wohl vor-
schlug. Denn die Entzignung, die die Fraktion getroffen
hat, trägt die Gefahr in sich, daß die Fürsten alles behalten,
dann nämlich, wenn der Beschluß der Fraktion nicht durch-
geführt wird bis in die letzten Konsequenzen und also die
ganze Bewegung da endet, wo in Deutschland hergebrachte
Mäßen alles endet: in einem Zustand der Langeweile, Würd-
losigkeit und Willenlosigkeit.

Die bürgerlichen Parteien spezifizieren ganz offen auf
diesen Ausgang. Es war zum erstenmal, seit wir den Reichs-
tag kennen, daß er so etwas wie Größe genannt als er näm-
lich — nachdem Marx, Reichskanzler und Reichsbannermann
erklärt hatte, die Regierung siehe die Gesetzesvorlage zurück
und warte auf heißer Wetter — zu lachen anfing; zu lachen
über sich selber. So etwas von der menschlichen Größe des
Marx im König Lear: „Und ich will um Mittag schlafen
gehen!“

Es lachten die einen um den entgangenen Wahlsampf,
es lachten die andern, weil die ganze Sache veriaut, es lachten
die dritten, weil dieser Deutsche Reichstag so richtig deutsch
und diese Regierung noch deutlicher; aber für uns, weil dieser
Reichstag so seine ganze Narretei im Lachen bekannte, wuchs
er über sich selber hinaus.

Die dummdreiste Zerkulung der Marxischen Regierung
ist sonnenklar. Die Sommerferien sollen auf den Reichstag
wirken wie eine Schlafkrankheit; gegen den Winter kommt
er zurück; noch ein bißchen langweiliger, noch ein bißchen
schläfriger, und vor allem: hat alles vergessen. Dann be-
ginnt wieder die „Probleme des Tages“. Wer weiß, was
uns da wird beschieden werden. Wieder ein Handelsvertrag,
viellecht wieder eine „Klagenkarte“; daß irgendwas irgend-
ein Wimperl auf eine Stange gesetzt wird und man das Ganze
schönig zum Zwecke der Förderung der Erregung und
Verdauung. Leider muß man sagen: ganz unwahrscheinlich
ist es nicht, daß auch solch eine Zerkulung gelingt, und wir
sind der Meinung, daß unsere Partei, ist sie nun einmal im
Kampfe um die Fürstenfrage und ausgehend von
ihm muß der Kampf ein allgemeinpolitischer werden gegen
alle Regierungen und die Parteien, die dem klaren Willen
der Mehrheit des Volkes in dieser Frage entgegen sind. Die
Stellung à la suite der Regierung in Hüllen, wo sie „untrer“
Politik treibt, muß vorüber sein; die sarten Rosenbänder,
die uns mit den „republikanischen“, „linksrepublikanischen“
und wer weiß wie sonst benannten Bürgerpartei verbunden
haben, müssen zerhacken sein. Es gilt jetzt, mit allen
Mitteln das zu erreichen, was die logische Folge der Volks-
abstimmung und der durch sie aufgetanen Luft zwischen Volk
und Volksvertretung ist: der Reichstag muß aufgelöst werden.
Wir haben die Mittel, das zu erreichen. Denn zwischen den
inner- und außenpolitischen Notwendigkeiten, denen die
Deutschnationalen sich nicht beugen können, einerseits und
dem festen Willen der Sozialdemokratie, einer Regierung,
die dem Volke sein primitivstes Recht, das der Wahl der ihm
passenden Vertreter, nimmt, jede Hilfe zu verjagen, ander-
seits: in dieser Alternative müßte es mit dem Teufel zu-
geben, wenn nicht in kurzen Herr Marx mit seinem stück-
latein zu Ende wäre: der Reichstag muß dann doch aufgelöst
werden.

Man sage nur nicht: aber die Rechtsregierung! Wenn
nur die Rechtsregierung nicht schon längst dabei, so sind
doran fürwahr nicht die Reize unserer Partei für das Bürger-
tum und noch weniger die Ueberzeugungstreue des Zentrums
schuld. Diese fromme Jungfrau hat nun allmählich schon
mit so viel Gefallen gefaselt, daß sie sich nicht auf Ueber-
zeugungstreue berufen soll, wenn sie sich einem veriaut. Geht
das Zentrum nicht mit den Deutschnationalen in eine
Regierung, so ist der nichterne Grund dafür ganz einfach
der, daß es bei diesem Schritt seine ganzen Arbeiterwähler
und — solange die Fürstenfrage schwebt — noch ein Drittel
seiner Bauernwähler verlieren würde. So ist die Rechnung

Der Mörder von Gareis

M. München, 8. Juli. (Via Draht.) Der Mord
an dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Gareis
ist unmittelbar vor der endgültigen Aufklärung. Als Täter
kommt jener Leutnant Hans Schweighardt in
Frage, der im Oktober 1920 das Dienstmädchen Sandmeier
im Aachener Hof ermordet hat und dann ins Ausland
verwand. Am 8. Juni 1921 ist Schweighardt wieder nach
München zurückgekehrt, am Tage darauf wurde Gareis er-
schossen. Am 11. Juni ging Schweighardt wiederum außer
Landes. Seit kurzem befindet er sich jedoch in München in
Untersuchungshaft.

Da die Anklage gegen den Mörder in München wirt-
lich durchgeführt wird und ob die nationalistische Hinter-
männer der Mordtat festgestellt werden, steht noch sehr
dahin.

angeblich Kenntnis von geheimen Waffenlagern erhalten hätte,
denn Vertraut an die Entente verurteilt wurde. Schließlich
wurde Schweighardt damals mangels schlüssiger Beweise
freigesprochen. In letzter Zeit ergaben sich aber neue Be-
weise für seine Schuld und weiterhin auch Anhaltspunkte für
dies, daß er auch den Mord an Gareis auf dem Gewissen hat;
denn es stellte sich heraus, daß Schweighardt nach dem Mord an
der Sandmeier ins Ausland flüchtete, von wo er am Tage der
Ermordung Gareis' nach München zurückgekehrt war, um tags-
darauf, also am 10. Juni, wiederum mit falschem Paß
— diesmal nach Ungarn — zu flüchten. Die beiden falschen
Pässe wurden ihm von der Polizeidirektion München
abgegeben, die unter der berechtigten Leitung Böhmers und
seines Gehilfen Fried, des Hitler-Gutschiffen und jetzigen national-
sozialistischen Reichstagsabgeordneten, stand. Das in den Jahren
1921 bis 1923

die Münchner Polizeidirektion der Unterschluß für alle mög-
lichen rechtswidrigen Verhöre im größten Umfange ge-
wollen ist, und daß eine Reihe von Verhörsakten für diese
Banditen direkt auf Böhmern zurückgeht.

wurde wiederholt in aller Deutlichkeit nachgewiesen, ohne daß
es amtlich jemals bestritten oder widerlegt wurde. Nun möchte
man hoffen, daß mit der Aufdeckung der Mordtaten an Gareis
und der Sandmeier das ganze korrupte System, das damals in
München herrschte, auf die Anklagebank käme, jenes System, das
unter dem glorreichen Triumvirat Rahr-Fried-Böhmern seine
Triumphe gegen Gerechtigkeit und Freiheit feierte. Wenn nicht
alle Zeichen trügen, ist die Zeit bald gekommen, wo die Be-
weise dafür erbracht werden können, daß unter dem Minister-
präsidenten Rahr, der sich als Statthalter der Wittelsbacher
Wäite

in Bayern unter der Protektion der maßgebenden Regie-
rungskreise Mordhandeln sich bilden und politische Morde
anzuführen konnten.

Einer dieser Kameorganiationen, die in enger Ver-
bindung mit der Münchner Polizeidirektion Böhmern standen,
ist auch Gareis zum Opfer gefallen. Durch die Aufdeckung
dieser ruchlosen Mordtaten wird der Kampf der Sozialdemo-
kratie in Bayern, die gerade um dieses Kampfes willen den ge-
meinsten Schwandlungen und schändlichen Verdächtigungen aus-
gesetzt war, zu einem Sieg der Gerechtigkeit über politische Fäulnis
und verbrecherische Korruption.

(Weitere Entfaltungen siehe zweite Seite)

Böhmern, Fried und Co.

M. München, 9. Juli. (Via Funkdruck.) Am 9. Juni
1921, nachts zwischen 11 und 12 Uhr, wurde der damals der
LSPD. zugehörige bayerische Landtagsabgeordnete
Gareis auf dem Roshauswege von einer Veranmlung vor
der Gartentüre seiner Wohnung niedergeschossen. Zwei
Stunden später erlag er seiner Verwundung, ohne das Ge-
wehres wiedererlangt zu haben. Trotz angeblich eifriger
Nachforschung durch die Münchner Polizei, an deren Spitze
damals der berüchtigte nationalsozialistische Polizeipräsident Böhmern
stand, gelang es nicht, den Mörder zu fassen, so daß das nicht-
erträgliche Mysterium bis heute seine Zähne gefurden hat. Aus
Tatsache aber ist nun bekannt geworden, daß der ehemalige
Leutnant Hans Schweighardt wegen dringenden
Verdachts, Gareis ermordet zu haben, in Untersuchungshaft ge-
nommen worden ist.

Tatsache ist, daß dieser Schweighardt vor etwa vier-
zehn Tagen in München verhaftet wurde. Ebenso ist Tatsache,
daß das bisherige Verhör mit ziemlicher Sicherheit darauf
schließen läßt, daß man in ihm den Mörder des Gareis gefast
hat. Inwiefern sind bis zur Stunde noch nicht alle Um-
stände der Mordtat aufgedeckt. Verleibte Schweighardt war
bereits vor Jahren längere Zeit in Untersuchungshaft, weil er
des Mordes an dem Dienstmädchen Sandmeier
im Frühjahr 1921, im Aachener Hof verdächtig war, das

39. 1920